

## Dammhauser klagen vorsorglich gegen A26-Öffnung



Die Bürgerinitiative „Wir in Dammhausen“ wird gegen die Öffnung des A26-Teilstücks zwischen den Anschlussstellen Horneburg und Jork klagen. Vorsorglich.

Das Verfahren soll aber ruhend gestellt werden und nur dann weiter verfolgt werden, wenn die Zusagen, die Landkreis Stade und Hansestadt Buxtehude gegenüber der Ortschaft gemacht haben, nicht eingehalten werden. Das Misstrauen gegenüber Behörden und Politik ist noch groß. Seit mehr als zehn Jahren fordern die Dammhauser die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und verweisen auf den A26-Planfeststellungsbeschluss. Dort waren bereits Maßnahmen zum sicheren Queren angemahnt worden. Das Problem: Die Anzahl der Unfälle hat sich seit der laut BI "rechtswidrigen Freigabe der A26" verdoppelt, der Verkehr stieg um 40 Prozent auf 10.000 Fahrzeuge werktäglich. Und: Es gibt nur einen Fußweg auf der Südseite - und nur eine Fußgänger-Ampel am Dorfgemeinschaftshaus. Das Queren der mehr als zwei Kilometer langen Straße ist (nicht nur an den fünf Bushaltestellen) oft gefährlich.

Außerdem wurde im Planfeststellungsbeschluss 2004 festgelegt, dass der 4,4 Kilometer lange, 61 Millionen Euro teure Teilabschnitt zwischen Horneburg und Jork erst für den Verkehr freigegeben werden dürfe, wenn die Anschlussstellen Buxtehude oder Neu Wulmstorf inklusive der Zubringer freigegeben sind.

Das Angebot beinhaltet drei weitere Bedarfsampeln, einen Ausbau der Bushaltestellen und eine Sanierung des Fuß- und Radweges im Jahr 2017. Damit die Verkehrssicherheit bereits 2016 erhöht wird, hat Bürgermeisterin Katja Oldenburg-Schmidt bei der Versammlung im Lemmermanns Gasthof am Dienstagabend in Dammhausen die Aufstellung mobiler Ampeln zum Schuljahresbeginn 2016/2017 im August versprochen. Gemeinsam mit den Bürgern soll über die Standorte entschieden werden, dafür müssen einige Bushaltestellen verlegt werden. Das Paket ist eine Million Euro schwer. Mehr lesen Sie im TAGEBLATT vom Mittwoch.